

Sitzung des Stadtrates am 7. Dezember 2009

Die Tagesordnung der dritten Sitzung des neuen Rates war mit insgesamt 35 Tagesordnungspunkten vergleichsweise kurz, sonst lagen dem Rat üblicherweise zwischen 80 und 100 Punkte zur Beschlussfassung vor. Auch die Themen ließen eine eher ruhige Sitzung erwarten. Wenn doch mal ein paar schärfere Worte gewechselt wurden, versuchte Oberbürgermeister Sauerland die Stimmung mit dem Hinweis auf das bevorstehende Weihnachtsfest zu beruhigen, was ihm durchaus gelang. Traditionell sang in der Sitzungspause ein Kinderchor Weihnachtslieder und es gab auch wieder kostenlosen Christstollen, weshalb die Dezembersitzung auch gerne „Stollensitzung“ genannt wird.

Besetzung der Ratsausschüsse mit Sachkundigen Einwohner/innen

Nachdem in der vorherigen Ratssitzung alle stimmberechtigten Mitglieder der Ratsausschüsse gewählt wurden, wurden diese Ausschüsse nun auch mit zusätzlichen sogenannten „Sachkundigen Einwohnern“ und ihren Stellvertretern besetzt. Bei Aufruf dieses Tagesordnungspunktes nahmen die Fraktionen noch einige kleinere Korrekturen der vorher eingereichten vorliegenden Listen vor, aber ansonsten verlief diese Wahl unkommentiert und einstimmig. Hier die gewählten Sachkundigen Einwohner/innen und Stellvertreter/innen der FDP-Fraktion:

Ausschüsse	Sachkundige Einwohner/innen	stellvertretende sachkundige Einwohner/innen
Jugendhilfeausschuss	Bilgin Erdem	Nico Weber
Betriebsausschuss DuisburgSport	Murat Cerrah	Fatih Özdamar
Kulturausschuss	Carsten Bovelet	Thomas Wolters
Betriebsausschuss für das Immobilienmanagement	Rainer Lenau	Dirk Schlenke
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit	Fatih Özdamar	Dr. Klaus Rübenstahl
Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Verkehr	Werner Niehaus	Matthäus Schlummer
Schulausschuss	Bilgin Erdem	Alexander Olenik
Umweltausschuss	Murat Cerrah	Dr. Björn Reetz

Sachkundige Einwohner/innen haben in jeder Ausschusssitzung uneingeschränktes Rederecht aber kein Stimmrecht. Dennoch kann der fachkundige Wortbeitrag eines sachkundigen Einwohners evtl. zum Abstimmungsergebnis einen entscheidenden Betrag leisten.

Somit hat der Rat die Besetzung seiner Ausschüsse komplett abgeschlossen. Wir gratulieren allen neu gewählten Mandatsträgern an dieser Stelle und wünschen erfolgreiche und interessante Ausschusssitzungen.

Wahl von Kreiswahlausschuss und Kommunalwahlausschuss

Die Besetzung des Kreiswahlausschusses zur Landtagswahl und die Bildung eines Wahlausschusses für die Kommunalwahl 2014 wurde im Zählverfahren nach de´ Hondt berechnet, was bedeutete, dass die FDP mit nur 3 Stimmen keine Chance hatte, hier jemanden zu benennen. SPD und CDU stellen je 2 Mitglieder im Kreiswahlausschuss bzw. 4 Mitglieder im Kommunalwahlausschuss, Linke und Grüne je ein Mitglied in beiden Ausschüssen. Bei der Besetzung von Ausschüssen ist es, anders als bei der Besetzung von Aufsichtsräten, gesetzlich nicht möglich, sich mit anderen Fraktionen zusammen zu schließen um bei der Berechnung nach de´ Hondt mehr Stimmen zu erreichen.

Wahl des Beirates bei der unteren Landschaftsbehörde

Gemäß § 11 Landschaftsgesetz Nordrhein-Westfalen werden zur unabhängigen Vertretung der Belange von Natur und Landschaft bei den unteren Landschaftsbehörden Beiräte gebildet. Die Beiräte sollen dem Gesetzestext nach „...*bei Schutz, Pflege und Entwicklung der Landschaft mitwirken, den Behörden Anregungen unterbreiten, der Öffentlichkeit die Ziele des Naturschutzes vermitteln und bei Fehlentwicklungen der Landschaft entgegenwirken*“. Der Duisburger Beirat muss besetzt werden mit 2 Vertretern des BUND, 2 Vertretern des NABU, 3 Vertretern der Landesgemeinschaft Naturschutz (LNU), 1 Vertreter der Schutzgemeinschaft „Deutscher Wald“, 2 Vertreter des Landwirtschaftsverbandes, 1 Vertreter des Waldbauernverbandes, 1 Vertreter des Landesverbandes Gartenbau und der Gemüsebauer e.V., 1 Vertreter der Jäger, 1 Vertreter des Fischereiverbandes, 1 Vertreter des Landessportbundes und 1 Vertreter des Imkerverbandes. Alle Verbände hatten vorher ihre Vertreter vorgeschlagen, die in dieser Sitzung vom Rat unkommentiert und einstimmig gewählt wurden.

Sitzungsplan 2010

Der Sitzungsplan 2010 für den Rat, die Bezirksvertretungen und die Ausschüsse wurde ebenfalls beschlossen. Durch die späte Zusammensetzung des Stadtrates nach den Kommunalwahlen wurde dieser Plan ungewöhnlich spät erstellt. Gewöhnlich liegt der neue Jahresplan bereits im Oktober des vorherigen Jahres vor. Nun kann/wird dieser Plan auch der FDP bei den Planungen der parteiinternen Sitzungen und Veranstaltungen in 2010 als Leitfaden dienen.

Gesellschafterversammlungen und Wirtschaftspläne

Natürlich standen, wie in jeder Ratssitzung, wieder Gesellschafterversammlungen und Wirtschaftspläne der städtischen Gesellschaften (diesmal DVV, Filmforum, GfB, IMD und WBD) auf der Tagesordnung. Logischerweise enthalten sich die Ratsmitglieder der FDP bei allen Gesellschaften, bei denen die FDP nicht im Aufsichtsrat vertreten ist und somit auch keine näheren Kenntnisse über die gesellschaftsinternen Zahlen und Vorgänge besitzt. Bei Gesellschaften, in denen die FDP (neuerdings) vertreten ist, stimmte die FDP-Fraktion den Plänen zu.

Änderung der Jagdsteuersatzung

Der Neuregelung der Landesgesetzgebung entsprechend, musste die städtische Satzung zur Erhebung der Jagdsteuer angeglichen werden. Die Jagdsteuer wird (auf Initiative unserer FDP-Landtagsfraktion) jährlich gesenkt und läuft 2013 ganz aus. In Duisburg wurden zuletzt 14.000,- € dadurch eingenommen. Lediglich die Linken sahen sich genötigt, dazu eine Stellungnahme abzugeben, die inhaltlich mit

Kapitalismus, Sozialschichten, arm und reich sowie Hartz IV-Empfängern zu tun hatte. Alle anderen Fraktionen stimmten der (notwendigen) Satzungsänderung zu.

Bebauungsplan Baerl – „Schacht Gerdt“ soll Grünfläche werden

In Duisburg-Baerl hatte ein Unternehmer vor ca. 2 Jahren in der Nähe der Autobahnabfahrt (A42) ein Grundstück erworben und dort einen Gewerbebetrieb geplant. In den vergangenen 2 Jahren lag ihm auch die dafür erforderliche Baugenehmigung vor, allerdings ist bis zum heutigen Tage keine Ansiedlung erfolgt. Dadurch ergab sich nun für die Stadtverwaltung die Gelegenheit, den Bebauungsplan dahingehend zu ändern, dass dort nur noch „Grünfläche“ erlaubt ist und jegliche Gewerbeansiedlung verboten wird. Dieser Vorschlag kam nicht etwa von einer der Parteien bzw. Fraktionen, sondern wurde als Beschlussvorschlag von der Duisburger Stadtverwaltung vorgelegt und bereits von der Bezirksvertretung Homberg/ Ruhrort/ Baerl mehrheitlich abgelehnt. Während CDU, FDP und DWG sich an dieser Stelle für die Schaffung von Arbeitsplätzen aussprachen, jubelten Grüne, Linke und SPD über die neu entstehende Grünfläche und beschlossen mit ihrer Ratsmehrheit (41 von 74 Stimmen) das Aus für diese Unternehmensansiedlung. Ärgerlich.

Drahtwalzstraße von Hochfeld nach Ruhrort

Die Firma ArcelorMittal hatte den Antrag gestellt, ihre Drahtwalzstraße von Hochfeld nach Ruhrort zu verlegen bzw. in Ruhrort eine neue, modernere Drahtstraße (mit größerer Produktion, genauerer Fertigung und umweltschonender Technik) zu bauen. Höhere Emissionswerte sind dadurch in Ruhrort nicht zu erwarten und in Hochfeld wird die Fläche für die Erweiterung des Rheinparks frei. Daher stimmte der Rat diesem Antrag unter lobenden Worten - einstimmig - zu.

Neue Gebührensatzungen beschlossen

Der Rat beschloss auch die neuen Gebührensatzungen der Wirtschaftsbetriebe einstimmig. Straßenreinigungsgebühren, Abfallentsorgungsgebühren, Abwassergebühren und die Gebühren für Sonderdienstleistungen, wie z.B. die Reinigung von Klärgruben, werden im kommenden Jahr nicht erhöht und bleiben auf dem Niveau von 2009. Lediglich die Schmutzwassergebühren müssen um 8,72% erhöht werden, was in der Vorlage mit höheren Genossenschaftsbeiträgen, steigenden kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen und auch damit erklärt wurde, dass die Bürger/innen vermehrt Wasser einsparen, die Kanalnetze aber für größere Mengen ausgelegt sind.

Geplante Beförderung von 14 Beamtinnen und Beamten

Der Oberbürgermeister hatte angekündigt, 14 Beamte der Stadt befördern zu wollen. Allein diese Ankündigung des OB hatte der Regierungspräsident zum Anlass genommen, diese Entscheidung unter Hinweis auf die Haushaltslage zu beanstanden, was juristisch gesehen natürlich ein Fehler war, da es sich ja lediglich um eine Ankündigung des OB handelte, nicht aber um eine erfolgte Dienstanweisung. Der Rat wurde nun aufgefordert, die Beanstandung des Regierungspräsidenten zurück zu weisen. Die Dezernenten Rabe und Spaniel erklärten hierzu, dass sie im laufenden Jahr mehrfach erfolglos mit der Bezirksregierung über Beförderungen verhandelt hatten. Die FDP-Fraktion hat Verständnis für die Beamten, die teilweise in höheren Funktionen arbeiten aber seit Jahren nicht entsprechend befördert wurden. Gleichzeitig müssen die Einsparvorgaben der Bezirksregierung auch für Beamtenbeförderungen gelten, daher

enthielt sich die FDP der Stimme bei dieser Abstimmung. Alle anderen Fraktionen wiesen die Beanstandung des RP zurück.

ARGE: Stadt soll Antrag als „Optionskommune“ stellen

Diesem gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, Grüne und DWG schloss sich auch die FDP-Fraktion an. Ende 2010 muss nach der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes, die Betreuung von Hartz IV-Empfängern durch Stadt und Arbeitsagentur, in gemeinsamen ARGE´n, beendet werden. In diesem Antrag wurde deutlich gemacht, dass die Betreuung der Hartz IV-Empfänger in Duisburg in kommunaler Hand geregelt werden solle, ohne die Beteiligung der Arbeitsagentur. Obwohl die anderen Fraktionen mehrfach darauf hinwiesen, dass dies nicht dem Koalitionsvertrag in Berlin entspräche, trifft diese Aussage nicht zu. Der Koalitionsvertrag zwischen FDP und CDU/CSU hält dieses Thema (vermutlich bewusst) offen. Da diese Forderung sowieso dem FDP-Programm zur Bundestagswahl entsprach, stimmte auch die FDP zu.

Anfrage zur Loveparade in Duisburg

Die SPD hatte kurzfristig eine Anfrage zur Durchführung der Loveparade gestellt. Rechtsdezernent Rabe erklärte, dass die Betreiberfirma bisher nicht mal einen Antrag zur Durchführung gestellt hätte, es also auch keine konkreteren Planungen seitens der Stadt dazu geben könne. Dementsprechend ist natürlich auch nicht bekannt, ob, und wenn ja, wie viel Kosten auf die Stadt zu kommen könnten. OB Sauerland erinnerte daran, dass der Rat der Stadt im Juni 2008 einstimmig beschlossen hat, die Loveparade in Duisburg stattfinden zu lassen und dieser Beschluss werde umgesetzt.

SPD-Antrag: Schankgebühren sollten ausgehandelt werden

Ein Antrag der SPD bezog sich auf Gebühren für Ausschank bei Karnevalsveranstaltungen. Die Verwaltung hatte in einem bestimmten Fall in früheren Jahren dafür keine Gebühr genommen, im vorletzten Jahr 45,- Euro und im letzten Jahr dann 175,- Euro. Rechtsdezernent Rabe verwies darauf, dass es bereits seit 2001 eine vom Rat der Stadt beschlossene Gebührenordnung gäbe, die jedoch nicht ordnungsgemäß angewendet wurde, da die zuständigen Verwaltungsmitarbeiter in früheren Jahren jeweils in den Bezirksämtern gearbeitet hatten. Erst nachdem dieser Dienst für das Stadtgebiet zusammengelegt wurde, wurden ordnungsgemäß die Bescheide versendet. Wegen der unkorrekten Vorgehensweise der Verwaltung und der entsprechenden Proteste im vorletzten Jahr, wurden die Gebühren einmalig und ausnahmsweise auf 45,- Euro gesenkt. CDU, FDP, DWG und Grüne erkannten die Erklärung der Verwaltung und die bestehende Satzung an und stimmten gegen den SPD-Antrag. SPD und Linke scheiterten mit dem Versuch, dass die Verwaltung zukünftig mit den Vereinen darüber verhandeln solle, in welcher Höhe die Schankgebühren ausfallen sollten.

Vorwürfe gegen die Prokuristin der Werkstatt für Behinderte

Die CDU hatte kurzfristig noch eine Anfrage zu den Vorkommnissen bei der Werkstatt für Behinderte gestellt. Rechtsdezernent Rabe antwortete, dass es derzeit noch keine genaueren Erkenntnisse gäbe aber bereits das Rechnungsprüfungsamt und die Staatsanwaltschaft eingeschaltet wurden, um den öffentlich gewordenen Vorwürfen nachzugehen.